



Amerika wählt

Trump verliert die Führungsrolle der USA in der Welt. Verliert er auch die Wahlen daheim?

Welche Welt finden wir nach Covid-19 vor? Welche Rolle spielt die USA darin? Die USA sind jedenfalls dabei, ihre vermeintliche Führungsrolle bei globalen Krisen unter Trump gänzlich einzubüßen. US-Präsident Trump präsentiert sich als „Kriegspräsident“, auch um die Wahlen zu gewinnen.

Von **Heinz Gärtner**

China dient als außenpolitischer Sündenbock. Innenpolitisch sind es wieder die Immigranten. Die Frage ist, ob Trumps demokratischer Gegenkandidat ein Gegenprogramm vorlegen kann, ohne selbst in die Xenophobie-Falle zu tappen. Der Beitrag geht weiters der Frage nach, ob die Barrieren der US-Verfassung für das Machtstreben des Präsidenten ausreichend sind. Können die Wahlen durch Notverordnungen verschoben werden? Ist eine dritte Amtszeit möglich, wenn Trump die Wahlen im November gewinnt.

Das Trump-Paradox: Verharmlosung und Sündenböcke

US-Präsident Trump fühlt „Kriegszeiten“ heraufziehen und er bezeichnet den Corona Virus als „genialen“ Feind. Das ist ein Paradox, wurde Trump doch während des Jänner mehrmals gewarnt (<https://www.nytimes.com/2020/04/11/us/politics/coronavirus-trump-response.html>), dass sich dieser Virus, den er jetzt als „genialen Feind“ bezeichnet, rasant ausbreiten könnte und dass es eine Knappheit von medizinischen Geräten geben wird. Fast

zwei Monate lang spielte Trump diese Gefahr herunter, bevor er konkrete Maßnahmen setzte. Zudem fand er Sündenböcke wie China, die Weltgesundheitsorganisation oder Immigranten. Auch sah er in dem Virus eine Verschwörung der Demokraten und er beschuldigte Obama, nicht genügend Vorbereitungen getroffen zu haben. Ohne Logik spielt er aber weiterhin die Gefährlichkeit des Virus herunter und spricht von Panikmache. Er will gleichzeitig die wirtschaftlichen Beschränkungen zurücknehmen. Er unterstützt Demonstranten, die in demokratischen Bundesstaaten gegen die „Einschränkung von Freiheiten“ demonstrieren und an die Aufmärsche der neo-liberalen Tea Party erinnern. Damit reht er sich ein in eine Gruppe von Staatsmännern, für die Freiheit sonst nicht ein sehr hohes Gut ist, wie Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro, Nikaraguas Präsident Daniel Ortega, Präsident Alexander Lukaschenko von Belarus und Präsident Gurbanguly Berdimukhammedov von Turkmenistan.

Trump verwendet die Kriege rhetorik, um seine Inaktivität vergessen zu lassen und um als Kriegspräsident in die Wahlen im November zu gehen. Schon George W. Bush nutzte nach den Anschlägen des 11. September 2001 den „Krieg gegen den Terror“ zur Mobilisierung für seine Wiederwahl 2004. Der „Krieg gegen den Terror“ ist fast so vage wie der Krieg gegen einen Virus. Krieg ist das nach allen einschlägigen Definitionen jedenfalls nicht. Nach ihnen geht es darum, den Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen (Clausewitz) und es müssen zentral gelenkte Organisationen bei den Kriegsparteien vorhanden sein.

Die Führungsrolle der USA verliert an Glaubwürdigkeit

Die USA hatten sich historisch den Ruf erworben, eine Führungsrolle bei globalen Krisen zu übernehmen. Das war bei ihren Eintritt in die beiden Weltkriege so, und vor allem bei der Marshall-Plan Hilfe für einige europäische Länder nach 1947 konnten die USA ein positives Image aufbauen. Im Kalten Krieg übernahmen sie Führung des Westlichen Blocks gegen über dem Kommunismus. Mit dem Vietnamkrieg begann das positive Image zu bröckeln, wurde aber durch die weltweite Solidarität nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 wieder repariert. Der Krieg gegen den Irak 2003 allerdings hat dem Ruf der USA wieder geschadet.

Trump ist nun dabei, den Ruf einer positiven Führungsrolle der USA in der Welt endgültig zu zerstören. Während der Corona-Krise verschärft er seine Kritik an China. Er sieht China als einen Hauptfeind der USA. Damit beschreibt er eine Welt der Polarisierung, wie er sie sich nach der Corona-Krise vorstellt. Gleichzeitig entfernt er sich immer weiter von einem globalen Multilateralismus. Er attackiert multilaterale Organisationen, wie die Weltgesundheitsorganisation, die Welthandelsorganisation, das Klimaabkommen, die UNESCO. Er zog sich aus dem historischen Nuklearabkommen mit dem Iran (JCPOA) und dem Vertrag über Mittelstreckenraketen (INF) von 1987 zurück. Es zeichnet sich eine multipolare Welt ohne Multilateralismus ab.

Trumps martialische Sprache soll zu seiner Wiederwahl beitragen. Gleichzeitig versucht Trump mit seinen Attacken auf China bei den Wahlen zu punkten. Er wird seinen demokratischen Gegenkandidaten, Joseph Biden, als weich gegenüber China portraieren. Obwohl es Biden versuchen wird, kann er mit überzogener Kritik an China gegenüber Trump nicht punkten. Biden müsste wohl eher betonen, dass mit Trump die Beziehungen zu China noch schlechter werden als sie ohnehin schon sind.

Sollte sich das gewünschte „rally around the president“ Phänomen wegen der heimischen Krise, vor den Wahlen nicht einstellen, hat Trump immer noch die andere außenpolitische Option, die „Kriegssituation“ daheim zu nutzen, um den durch Sanktionen

wirtschaftlich und durch den Virus geschwächten Iran anzugreifen. Schon im siebenten Jahrhundert nutzten die arabischen Armeen die Situation, um die von der Pest geschwächten Perser zu besiegen.

Trumps Gegenkandidat Joseph Biden

Joseph Biden führt in den meisten Umfragen im Vergleich zu Trump, wenn nach Kompetenz gefragt wird. Das ist vor allem auf das mangelnde Krisenmanagement Trumps während der Corona-Krise zurückzuführen. Enthusiastisch sind seine Unterstützer aber nicht. Die Anhänger Trumps sind doppelt so begeistert über ihren Kandidaten. Bidens Wähler sind vor allem ältere, urbane, eher gebildete Personen. Aber er hat auch die Unterstützung von Afro-Amerikanern. Bernie Sanders, der sich aus den demokratischen Vorwahlen zurückgezogen hat, hat vor allem die Jugend mobilisiert. Seine Themen waren vor allem ein Gesundheitssystem für alle („medicare for all“), freier Studienzugang und ein umfassender Umweltplan („Green New Deal“ – in Anspielung auf den New Deal von Präsident Roosevelt nach der Wirtschaftskrise 1929). Diese Themen werden in der gegenwärtigen Krise umso wichtiger. Wenn Biden nicht einige davon übernimmt, werden die Sanders-Unterstützer nicht zu Wahl gehen. Trump könnte daher wie schon 2016 die Mehrheit der Bundesstaatsdelegierten auf sich versammeln, ohne die Mehrheit der Stimmen der Wähler zu haben.

Ist eine autoritäre Entwicklung möglich?

Darüber dass das ungarische Parlament ein Gesetz verabschiedete, das dem Premierminister ermöglicht, wegen der Corona-Krise Notverordnungen auf unbestimmte Zeit ohne Zustimmung der Abgeordneten zu verhängen, wurde weithin berichtet. Aber ist eine derartige Entwicklung auch in den USA möglich? Die Wahlen im November in einer Situation der weiter bestehenden Infektionsgefahr abzuhalten, würde eine große Herausforderung darstellen. Sie elektronisch durchzuführen, würde nicht nur technisch extrem schwierig sein. Es würden zahlreiche Vorwürfe von Wahlbetrug geben, die im besten Fall noch den Obersten Gerichtshof beschäftigen würden.

Falls die Wahlen gar nicht stattfinden können, mag Präsident Trump darauf bestehen, dass er wegen der Krise mit einer Notverordnung weiterregieren müsse. In der Verfassung ist dieser Fall nicht vorgesehen. Daher ist diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Können die Wahlen aber verschoben werden? Das ist eine begrenzte Möglichkeit. Das Bundesgesetz von 1845 müsste geändert werden. Zwei Drittel Mehrheit beider Häuser und die Unterschrift des Präsidenten sind dazu notwendig und die Entscheidung kann außerdem von den Gerichten beeinsprucht werden. Selbst wenn dieser Fall eintritt, schreibt die Verfassung noch vor, dass der neue Kongress am 3. Jänner eingeschworen werden und die Präsidentschaft am 20. Jänner beginnen muss. Da ist keine Änderung ist möglich!

Was passiert, wenn in der Zeit der Pandemie der Präsident durch Krankheit unfähig ist, seine Amtspflichten wahrzunehmen? Hier wird nicht automatisch der Vizepräsident zum Präsidenten, wie nach dem Tode des Präsidenten. In diesem Fall müssen zuvor der Vizepräsident und die Regierungsmehrheit einen Brief an den Präsident des Senats pro tempore und den Sprecher des Hauses schicken (25. Verfassungszusatz). Nach dem Attentat auf Reagan 1981 wurde diese Option von Vizepräsident Bush abgelehnt, nach der Krebsoperation Reagans 1985 aber angewendet. Wenn aber der Präsident seine Amtsunfähigkeit nicht akzeptiert, muss sie von 2/3 beider Häuser bestätigt werden. Diese zweite Möglichkeit würde eintreten, wenn der Präsident glaubt, dass er fähig ist, die

Regierungsgeschäfte zu führen, der Vizepräsident und die Mehrheit seines Kabinetts aber nicht. Das ist bei Trump, seinen Vizepräsidenten Pence und der republikanischen Mehrheit im Senat schwer vorstellbar.

Wenn nun Trump die Wahlen gewinnt, könnte er die Situation nutzen, um sich selbst eine dritte Amtsperiode zu ermöglichen. Der 22. Zusatzartikel der Verfassung erlaubt keine dritte Amtszeit. Mehrere Präsidenten (Eisenhower, Reagan, Clinton) haben mit dem Argument, dass in Krisen- und Kriegszeiten eine anerkannte Persönlichkeit an der Spitze des Staates stehen sollte, eine Änderung vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden aber nie aufgegriffen. Eine Änderung ist zwar prinzipiell möglich, aber sehr aufwändig und kann Jahre dauern. Der Kongress kann einen Vorschlag einbringen oder auf Antrag von zwei Dritteln der Bundesstaaten einen Verfassungskonvent einberufen. Beide Häuser und drei Viertel der Bundesstaaten müssten zustimmen.



Militär-Notfallkrankenhaus während der Spanischen Grippe in Kansas, 1918

Historische Erfahrungen mit falschen Annahmen

Präsident Woodrow Wilson regierte während der Spanischen Grippe, die nach dem Ersten Weltkrieg von 1918 bis 1920 weltweit etwa 50 bis 100 Millionen und in den USA über eine Million Tote forderte – ohne dass sie von der irrigen Annahme einer „Herden-Immunität“ gestoppt wurde. Diese Grippe war ein globales Phänomen, das nicht in Spanien, wie der Name andeuten würde, sondern wahrscheinlich in den USA den Ursprung hatte. Spanien hatte aber die freieste Presse, weil es ein neutrales Land war, und als erstes darüber berichten konnte, während die

Kriegsparteien die Seuche verschleiern wollten. Wilson überließ die Maßnahmen weitgehend den Bundesstaaten und Städten. Es zeigte sich, dass sich nach der Abschwächung der Grippe diejenigen Städte in den USA schneller wirtschaftlich erholten, die früher strenge Quarantänemaßnahmen eingeführt und später aufgehoben haben. Das Kriegsnarrativ hatte diese Tragödie weitgehend aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt. (<https://www.weforum.org/agenda/2020/04/pandemic-economy-lessons-1918-flu/>)

Schluss

Die Welt nach Corona wird mit reduzierter Globalisierung weniger offen und auch ärmer sein. Sie wird auch weniger frei sein. Manche Staatsmänner werden autoritäre Maßnahmen beibehalten wollen, was wohl auch bei Trump, sollte er wiedergewählt werden, der Fall sein wird. Die Gründungsväter der amerikanischen Verfassung haben viele Barrieren eingebaut, damit aus der Demokratie keine Diktatur wird. Ausnahmesituationen können aber Bedingungen schaffen, für die neue Maßnahmen verhängt werden können, deren Konsequenzen nicht absehbar sind. Kriegsrhetorik vernichtet den Virus nicht, soll Trumps Wahlchancen aber erhöhen, und kann der Rechtfertigung für eine tatsächliche militärische Handlung gegen den Iran dienen. Trump bereitet sich schon auf eine Konfrontation mit China nach der Covid-19 Welt vor. Aber gerade diese Krise hat gezeigt, dass internationale Kooperation unerlässlich ist. Politische Sturheit darf nicht Multilateralismus, internationalen Informationsaustausch und wissenschaftlicher Austausch verhindern. ☺

Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Lektor an den Universitäten Wien und Krams sowie Political Analyst beim International Institute for Peace (IIP) in Wien. Er ist außerdem Vorsitzender des Beirates Strategie und Sicherheit der Wissenschaftskommission des Österreichischen Bundesheeres. Bis Ende 2016 war er wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik. Er hatte mehrere internationale Forschungsaufenthalte und Gastprofessuren. Er publizierte zahlreiche Bücher und Artikel zu Fragen der USA, internationaler Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle. Heinz Gärtner ist auch Redaktionsmitglied der Zeitschrift „International“.

E-Mail: heinz.gaertner@univie.ac.at

BÜCHER

Bücher zum Kalten Krieg von Heinz Gärtner

Der Kalte Krieg bleibt auch Jahrzehnte nach seinem Ende Gegenstand kontroverser Interpretationen. Das ist nicht verwunderlich, war er doch verbunden mit der Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Systeme, die sich feindlich gegenüberstanden und von Grund auf misstrauten, ja verachteten. Angeführt wurden die beiden Systeme von zwei Supermächten, die sich Einflussphären schufen und mit eigenen Ideologien um Unterstützung warben. Daraus entstand eine globale bipolare Weltordnung. Bei Ende des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren gab es bereits Anzeichen des kommenden Kalten Krieges. Auf Basis der Konferenzen von Teheran (1943), Jalta und Potsdam (1945) waren im Europa der Nachkriegszeit zwei Blöcke geschaffen worden. Die Rede von Winston Churchill im März 1946 in Fulton kann als öffentlich angekündigter Beginn des Kalten Krieges gewertet werden. Churchill erwähnte darin erstmals auch den Begriff des »Eisernen Vorhangs«.

